Nummer 6| Mai 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

die Maßnahmen zur Reduzierung des Flüchtlingsstromes greifen, bei uns vor Ort hat sich die Lage spürbar entspannt. Auch in der Presse nimmt die Berichterstattung kaum noch Raum ein, wenngleich die Arbeit hinsichtlich Integration jetzt erst richtig los geht. Gut, dass sich unser Augenmerk jetzt auch wieder auf andere, ebenso wichtige Problemstellungen richtet. Einen Schwerpunkt der vorliegenden NAG habe ich daher auf das Thema „Landwirtschaft“ gelegt, zumal die CDU/ CSU Fraktion bei ihrem Kongress mehr als 60 Gäste in Berlin begrüßen konnte. Aber lesen Sie selbst.

Herzliche Grüße

Ihre

Astrid Grotelüschen

Ohne Landwirte geht es nicht – Lebensmittel wertschätzen

Die Situation der Landwirtschaft in Deutschland ist schwierig: Viele Familienbetriebe stecken in der Krise, Bauern kämpfen um ihre Existenz. Auch vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU -Bundestagsfraktion in Berlin einen großen Landwirtschaftskongress mit Politikern und Experten veranstaltet, an dem einige Landwirte aus dem Wahlkreis und ich teilgenommen haben. Auch über die gewandelte Einstellung der Menschen zum Thema Ernährung und der Herstellung von Lebensmitteln wurde ausführlich diskutiert.

Aktuell macht vor allem der Niedrigpreis der Milch bei Überproduktion und mangelnder Absatzmöglichkeiten zum Beispiel durch das Russland Embargo Sorgen. So droht gerade vielen Familienbetrieben, die in den vergangenen Jahren investiert haben, die Luft auszugehen. Diesbezüglich sind erste Hilfen über EU-Mittel bereitgestellt worden, weitere kurzfristige Liquiditätshilfeprogramm müssen folgen. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat bereits ein entsprechend positives Signal gegeben. Mittelfristig wird es sicherlich darum gehen, weitere mögliche Entlastungen zu diskutieren, wie zum Beispiel den Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu erhöhen, oder über die schon mehrfach angesprochene Möglichkeit, Gewinne bzw. Verluste steuerlich über einen mehrjährigen Zeitraum verrechnen zu können. Gleichzeitig ist allen Beteiligten klar: Wir brauchen langfristige und vor allem europäische Lösungen. Denn auf nationalstaatlicher Ebene können weder Preise noch Mengen verhandelt werden. Diesbezüglich sind vor allem die wenigen großen Molkereien als Vermarkter gefragt.

Verantwortung trägt aus meiner Sicht zudem der Lebensmitteleinzelhandel. Mittlerweile wird mir sprichwörtlich übel, wenn ich Angebote bei Fleisch, Milch oder Milchprodukten in der Werbung lese, die unter den Produktionskosten liegen. Die „ Marktmacht“ des Handels hat sich in den vergangenen Jahren sehr stark auf wenige Handelsketten konzentriert. In diesem Zusammenhang halte ich die Entscheidung von SPD-Bundeswirtschaftsminister Gabriel, der die Fusion von Kaiser's-Tengelmann zu Gunsten von Marktführer Edeka per Ministererlass erlaubt hat, für falsch. Damit können die großen Handelsketten noch mehr Druck auf die Lebensmittelerzeuger und -vermarkter ausüben als bisher.

Letztendlich sind auch wir als Verbraucher gefordert, unseren Bäuerinnen und Bauern gegenüber sowie dem Lebensmittel selbst eine größere Wertschätzung entgegen zu bringen. Diese Wertschätzung muss sich auch im Preis widerspiegeln. Viele Verbraucher sind in der Lage und auch willens, einige Cent mehr für ein hochwertiges Lebensmittel wie beispielsweise Milch auszugeben. Es reicht jedoch nicht

aus, bei Befragungen den guten Willen zu bekunden, man muss es auch tun.

Politisch Farbe zu bekennen, darum geht es auch bei der aktuellen Diskussion zum Thema „Direktzahlungen“. Im Gegensatz zur SPD wollen wir bis 2020 keine Kürzungen der EU-Agrarzahlungen. Jeglichen Veränderungen zur Halbzeitbewertung der EU—Agrarpolitik im Jahr 2017 erteilen wir eine Absage. Das gilt auch für eine Erhöhung des Prozentsatzes beim sogenannten ‚Greening‘. Die SPD-Bundesumweltministerin hingegen will den Anteil von Flächen, die die Landwirte mit bestimmten Auflagen nicht bewirtschaften dürfen, von fünf auf sieben Prozent des gesamten Ackerlandes erhöhen. Landwirtschaft ist aber gerade „nicht die abgeleitete Funktion der Umweltpolitik“, wie es Landwirtschaftsminister Schmidt auf den Punkt gebracht hat. Die politischen Rahmenbedingungen müssen so gefasst sein, dass neben der Produktion von Lebensmitteln — in Abwägung von Ökonomie, Umwelt– und Tierschutzaspekten — wir unsere Landwirte auch als Bewahrer unseres Kultur- und Landschaftsraumes wertschätzen.

Sommerzeit abschaffen?

Ich persönlich ärgere mich jedes mal, wenn es heißt: Uhren eine Stunde vor– bzw. zurückstellen. Denn nicht nur mir sondern vielen anderen Menschen auch macht die Zeitumstellung Probleme. Deshalb finde ich es richtig, dass wir im Wirtschaftsausschuss dieses Thema einmal grundsätzlich diskutiert haben.

Menschen, die von Natur aus morgens eher lange schlafen, dafür aber bis spät abends aktiv sind, scheint die Zeitumstellung im Frühjahr größere Anpassungsschwierigkeiten zu bereiten. Über Probleme klagen auch Landwirte z.B. hinsichtlich dem Füttern oder Melken von Tieren, oder Eltern, bezogen auf den Schlafrhythmus bei Säuglingen. Demgegenüber scheint die Zeitumstellung im Herbst leichter zu fallen. Das geht aus dem Bericht „Bilanz der Sommerzeit" des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenausschusses hervor. Hinzu kommt, dass das Hauptargument zur Einführung der Sommerzeit, Energie und Strom einsparen zu wollen, keine Relevanz hat. So haben Simulationen zum Stromverbrauch deutscher Haushalte nur geringfügige Verbrauchsminderungen von 0,8 Prozent ergeben. Bei Meinungsumfragen in Deutschland ist zudem ein Einstellungswandel sichtbar: 1988 haben sich noch 58 Prozent der Befragten für die Sommerzeit ausgesprochen, die 1980 eingeführt worden war. 2015 spricht sich eine Mehrheit von 73 Prozent gegen die Sommerzeit aus. Begründung seien in erster Linie gesundheitliche Probleme angeführt worden. Insgesamt zieht der Bericht das Resümee, dass es keine belastbaren Hinweise gebe, „dass die Anwendung der Sommerzeit ernsthafte positive oder negative energetische, wirtschaftliche, oder gesundheitliche Effekte nach sich zieht.“ Ich finde, alle diese Argumente sprechen für eine Abschaffung der Zeitumstellung. Weltweit betrachtet verzichtet sowieso die Mehrzahl der Staaten auf die Sommerzeit. Allerdings liegt diese Entscheidung nicht nur in deutscher Hand. Dazu müsste die entsprechende EU-Richtlinie verändert oder abgeschafft werden. Noch ist von keiner Regierung eine Forderung formuliert worden. Auch die Bundesregierung hat zuletzt am 4. November 2014 deutlich gemacht, dass sie keinen Anlass sieht, sich auf europäischer Ebene für eine Abschaffung einzusetzen.

Ich jedenfalls werde das Thema weiter begleiten und mich dafür einsetzen, dass wir eine ganzjährige Sommerzeit nutzen. Teilen Sie meine Meinung, oder sehen Sie es anders? Ich freue ich mich über ein paar kurze Zeilen per Mail oder Briefe von Ihnen.

Daten und Fakten

Wachstum

Die Erwerbstätigkeit ist auf Rekordniveau. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017. Ausschlaggebend ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und 2017 um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen.
(*Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)*

Führend bei Industrie 4.0

Deutschland und die USA geben beim Wandel der klassischen hin zur vernetzten Produktion international den Ton an. Das geht aus einer Umfrage hervor, in der mehr als 500 Produktionsleiter, Vorstände oder Geschäftsführer von Industrieunternehmen befragt wurden. Auf Platz 1 landet mit 28% das diesjährige Partnerland der Hannover Messe, die USA. Deutschland folgt mit 25%. Japan belegt mit 20% den dritten Platz. Mit großem Abstand folgen Frankreich (8%), China (6%) sowie Korea und die Niederlande (je 3%).
(Quelle: Bitkom Research)

Regionale Produktvielfalt

Lebensmittel aus der Region liegen im Trend. Immer mehr Verbraucher sind auf der Suche nach Produkten aus heimischer Landwirtschaft. Mit der neuen Broschüre „Service-vom-Hof“, der gleichnamigen Website www.service-vom-hof.de und einer App gibt nun die Landwirtschaftskammer eine gute Übersicht über die Angebote unserer niedersächsischen Höfe. Bei einem Besuch auf dem Hof Stolle in Klein-Bümmerstede, Wardenburg, konnte ich mich davon überzeugen.

Zu Besuch auf dem Hof von Heiko, Dörthe und Helmut Stolle (rechts). Bild: privat

Die Familie Stolle habe ich bereits vor 30 Jahren kennengelernt. Als Studentin arbeitete ich dort vier Monate im Zuge eines Praktikums. Damals gab es schon erste Anfänge der Direktvermarktung, zum Beispiel Marmeladen, Kartoffeln und Milch. Heute ist die Produktpalette um vieles reicher: Spargel, Erdbeeren, Suppen, selbstgebackener Kuchen und Fleischwaren.

Nahezu 800 Angebote sind es aus ganz Niedersachsen, die „Service-vom-Hof“ rund um die Themen Einkaufen und Genießen, Einkehren und Feiern, Übernachten und Erholen aufzeigt.

Niedersachsens Bäuerinnen und Bauern haben jede Menge zu bieten. Dieses Portal bietet eine gute Übersicht. Schauen Sie mal `rein!

Integration über Schule und Betriebe

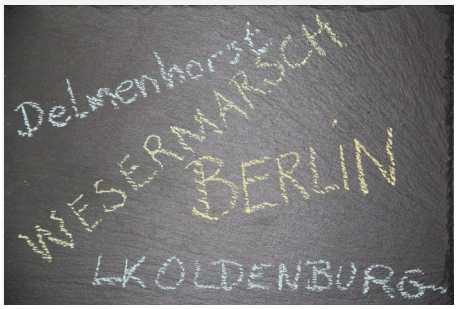
Berufsschulen sind die perfekte Schnittstelle zwischen schulischer und beruflicher Integration, auch für Flüchtlinge. In den Berufsbildenden Schulen Wesermarsch in Brake habe ich mich in der vergangenen Woche über die verschiedenen Möglichkeiten auf dem Weg in die Berufspraxis und die Probleme, die sich dabei ergeben, informiert.

Wichtig ist vor allem die Sprache, daher sind es meist Sprachförderklassen, die zunächst in den Vordergrund rücken. Auch Politik steht auf dem Lehrplan, wie mir Schulleiter Artur Post erläuterte, dazu zählt auch der Deutsche Bundestag (Bild). Gefreut hat mich, dass den Schülern von vielen örtlichen Betrieben schon ein kurs-begleitendes

Praktikum angeboten wird. Auf diese Weise können erste Kontakte in die Arbeitswelt geknüpft werden. Viele Betriebe suchen Auszubildende oder Fachkräfte, die vielleicht auch auf diese Weise zu finden sind, so z.B. die Tischlerei Rodiek aus Lemwerder. Je mehr Verzahnung es zwischen Berufsbildenden Schulen und Handwerk/ Wirtschaft gibt, umso besser.

Unterwegs:

- 03.05.2016 — Einsetzen des letzten Lärmschutzelements an der Bahnstrecke in Hude
- 04.05.2016 — Aufsichtsratssitzung Wirtschaftsfördergesellschaft des LK Oldenburg
- 07.05.2016 — Rosenaktionen zum Muttertag in Ahlhorn und in Delmenhorst



Astrid Grotelüschen MdB

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro
Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro
Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969